

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.04.2014**

öffentlich

Ort: Förderschule für Ausgleichsklassen "Janusz
Korczak",
Roßlauer Straße 13,
06132 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:48 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Trömel
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Bertolt Marquardt	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertretung für Herrn Dr. Diaby
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Vertretung für Herrn Hopfgarten
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	Vertretung i. A. für Herrn Kogge
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Frau Josephine Jahn	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herr Marko Rupsch	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertretung Frau Ute Haupt
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Vertretung Frau Hanna Haupt
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertretung Frau Hanna Haupt
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Vertretung Frau Brederlow
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	Vertretung Herr Lars Ullrich
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	keine Vertretung
Herr Andreas Riemann	SKE	keine Vertretung

zu 1

Vorstellung der Förderschule für Ausgleichsklassen "Janusz Korczak"

durch den Schulleiter

Herr Sponfeldner, Schulleiter der Förderschule „Janusz Korczak“, stellte kurz seine Schule vor. Dort lernen 111 Schüler in 13 Lerngruppen. Im laufenden Schuljahr konnten 10 Kinder wieder an die Regelschule zurückkehren und 20 neue Schüler kamen im laufenden Schuljahr hinzu. Die Schule besteht seit 1972 und verfügt derzeit über 24 Stammlehrkräfte, die sowohl an diesem Standort als auch in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie unterrichten. Hinzu kommen 10 pädagogische Mitarbeiter. Die Schule hat einen Einzugsbereich im südlichen Sachsen-Anhalt und öffnet täglich von 07:00-14:30 Uhr. Auf einem Rundgang konnten sich die Stadträte ein Bild von den Gegebenheiten machen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, berichtete, dass er sich vom ausgezeichneten Schulklima und der guten pädagogischen Arbeit im Unterricht im Rahmen einer Hospitation überzeugen konnte. Diese positiven Erfahrungen sollten nicht verloren gehen.

zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte **Herrn Marquardt** als neues Stadtratsmitglied der Fraktion DIE LINKE. und **Frau Jahn** als neue sachkundige Einwohnerin.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat, den TOP 4.2 zu streichen, da die Niederschrift vom 04.03.2014 noch nicht vorliege.

Da es keine weiteren Anmerkungen gab, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1. Vorstellung der Förderschule für Ausgleichsklassen "Janusz Korczak" durch den Schulleiter
2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift
- 4.1. Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2014
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Verwaltungsbericht zur Kooperation von Horten und Grundschulen für das Jahr 2013
Vorlage: V/2013/12324
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 4 Genehmigung der Niederschrift

zu 4.1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2014

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 11.02.2014 und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Zustimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4.2 Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2014

Vertagt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Verwaltungsbericht zur Kooperation von Horten und Grundschulen für das Jahr 2013
Vorlage: V/2013/12324

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, begrüßte **Frau Lukas**, welche die Informationsvorlage im heutigen Bildungsausschuss vorstellen werde.

Frau Lukas, Fachbereich Bildung, Fachberaterin für frühkindliche Bildung, stellte den Verwaltungsbericht zur Kooperation von Horten und Grundschulen vor. Sie teilte mit, dass aller 2 Jahre in den Horteinrichtungen der Stadt Halle (Saale) eine Umfrage zum Stand der Kooperationen mit der jeweiligen Grundschule stattfindet. 2012 bestanden an 21 Horten Kooperationsvereinbarungen mit 28 Grundschulen. Dies ist mehr als im vorangegangenen Berichtszeitraum. Die Netzwerkarbeit in der bestehenden Fachgruppe und die Abstimmungen mit dem Landesschulamt haben sich positiv entwickelt. Dazu haben

Informationsveranstaltungen und Fachtage beigetragen, insbesondere zum Thema Kinderschutz in Horten und Grundschulen. Schwierigkeiten in der Kooperation treten immer dann auf, wenn Schule und Hort im hohen Maße in doppelt genutzten Räumen arbeiten müssen. Im Februar 2013 habe eine Tagung zum Fachaustausch für die HortleiterInnen stattgefunden. Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ wurde fortgeschrieben, in dem nunmehr auch „Kinder im Schulalter“ berücksichtigt werden. In der vorherigen Version wurde dieser Altersbereich nicht bedacht. Im Juni 2014 werde eine Fachveranstaltung zum Thema Inklusion im Hort angeboten. Gute Erfahrungen wurden mit pensionierten GrundschullehrerInnen für die Hausaufgabenbetreuung im Hort gewonnen. Um diese Erfahrungen weiterzutreiben und flächendeckend mehr anzuregen, wird es Gespräche mit der Freiwilligen-Agentur geben. Auch die weitere Netzwerkarbeit im Rahmen Haus der kleinen Forscher trage zur Verbesserung der Kooperationen zwischen Horten und Schulen bei.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Scherer, SKE, fragte, ob zur Veranstaltung im Juni 2014 („Inklusion im Hort“) die Lehrer eingeladen werden. Dies würde er befürworten.

Frau Lukas, Fachbereich Bildung, Fachberaterin für frühkindliche Bildung, antwortete, dass keine Lehrer eingeladen werden. Dies ist eine Fachveranstaltung am Vormittag, damit möglichst viele HorterzieherInnen daran teilnehmen können. Die Erfahrungen des Hortfachtages 2011 zeigten, dass trotz der Einladung aller Grundschulen der Stadt Halle (Saale), einschließlich der Abstimmung des Tagungsprogrammes auf die Zielgruppe der GrundschullehrerInnen, nur eine Grundschule teilgenommen habe. Es gebe jedoch Signale und ein starkes Interesse seitens des Fachbereichs Bildung, Fortbildungsveranstaltungen zu anderen Themen für Schule und Horte gemeinsam anzubieten.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach „Sorgenkindern“ bei der Kooperation.

Frau Lukas, Fachbereich Bildung, Fachberaterin für frühkindliche Bildung, erläuterte, dass diese Kooperation immer von unten auf Basis der Kommunikation der Beteiligten vor Ort wachsen müsse. Das Landesschulamt spreche dabei Grundschulen im Einzelfall gezielt an.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach der Aussage, dass Grundschulen von ihren Räumen Fotos machen und erwarten, dass der Hort bei doppeltgenutzten Räumen diese für den nächsten Morgen wieder so herrichte. Welche Stellung nehme das Landesschulamt dazu?

Frau Lukas, Fachbereich Bildung, Fachberaterin für frühkindliche Bildung, entgegnete, dass das Problem zur Kenntnis genommen werde. Die Schulleiter agieren hier im Rahmen ihres Hausrechtes eigenverantwortlich und formulieren bei der Raumnutzung einen Vorrang gegenüber dem Hort.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, ergänzte, dass die Schule ein Pflichtangebot vorhalte. Der Hort begründe sich zwar auf einen elterlichen Rechtsanspruch, könne sich aber nicht auf eine pflichtige Leistung berufen. Nach ihrer Wahrnehmung entwickeln sich gute Kooperationen weiter. Dieser Prozess sei jedoch langwierig und nicht einfach. Aus Sicht des Fachbereiches Bildung sei die Nutzung eigenständiger Horträume gegenüber Doppelnutzungen vorzuziehen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass das Konzept zum Haus der kleinen Forscher eine gute Gelegenheit sei, über Fortbildungen und gemeinsame inhaltliche Arbeit,

die Kooperation zwischen Schule und Hort voranzubringen und Barrieren abzubauen. Er habe die Hoffnung, dass sich dies positiv weiterentwickle.

Frau Lukas, Fachbereich Bildung, Fachberaterin für frühkindliche Bildung, verwies auf ein Tandem-Projekt vor 5-6 Jahren, welches vom Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium LSA initiiert wurde, bei dem einzelne Kita- und SchulleiterInnen ein Jahr lang einmal im Monat gemeinsame Fortbildungen besuchten und eine gute Kooperation entwickelten. Dieses Projekt habe jedoch keine Ausstrahlung auf andere Schulen und Horte entwickeln können, da es über diesen Zeitraum hinaus nicht in andere haltgebende Strukturen seitens der Ministerien übergeben wurde bzw. diese entwickelt wurden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob im Bildungsausschuss ein Bericht bezüglich des Brandes an der BbS V gegeben werden könne.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, sagte dies zu.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach einer bereits im Vorjahr angesprochenen Verkleidung der Heizungsrohre in der Grundschule Silberwald. Die dort bestehende Gefährdung durch die fehlende Isolation sei bis heute nicht beseitigt, obwohl dies vom damaligen ZGM zugesagt worden sei.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Bolzplatz an diesem Schulkomplex. Der heutige Schulrundgang habe ihr den Eindruck vermittelt, dass durch die Sperrung des Bolzplatzes auch der Sportunterricht gefährdet sei. Was könne man hier noch tun? Der Oberbürgermeister habe im letzten Stadtrat bereits zugesagt, zu den bisher vorgeschlagenen kostenaufwändigen Sanierungen eine Prüfung von Alternativen vornehmen zu lassen.

Herr Senger, SKE, fragte nach Schreiben des Fachbereiches Bildung an die Eltern, die im Auswahlverfahren keinen Platz an der IGS erhalten haben. Wann erhalten diese Eltern einen Bescheid über einen möglichen Schulplatz?

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service, verwies auf den noch laufenden Besetzungsprozess an den Gymnasien und Gesamtschulen. In den an die Eltern übersandten Informationsschreiben, wurde auf einen Zeitpunkt für eine abschließende Antwort hingewiesen.

Herr Senger, SKE, entgegnete, dass er die vorliegenden Schreiben für falsch halte, da keine Angebote im Bildungsgang Gesamtschule unterbreitet wurden.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, sagte eine Prüfung zu.

Herr Kneissl, SKE, fragte nach der vorliegenden Information mit den Zahlen der Erstwünsche. Hier gebe es offenbar einen Rechenfehler im Bereich der Gesamtschulen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilungsleiterin Schule und Service, sagte zu, dies zu prüfen und die korrekten Zahlen in Session einzustellen bzw. mit dem Protokoll neu zu versenden.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, fragte nach der Position der Stadtverwaltung Halle (Saale) bezüglich solcher spezieller Schulen für Kinder, die schwer inkludiert zu beschulen seien. Gerade diese verhaltensauffälligen Schüler seien im gemeinsamen Unterricht nicht ohne weiteres zu unterrichten. Dies beginne bei technischen Dingen, wie den benötigten Räumen und ginge weiter bis zum speziellen geschulten Personal.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, entgegnete, dass die Stadt Halle (Saale) als Schulträger lediglich für die technischen Rahmenbedingungen der Schule zuständig sei. Inhaltliche Fragen zum gemeinsamen Unterricht, bzw. der Weiterentwicklung der Förderschulen mit diesem Förderschwerpunkt könne nur das Land Sachsen-Anhalt beantworten. Insofern sei im Beschluss der Schulentwicklungsplanung ein Prüfauftrag zur weiteren Beobachtung der Entwicklung dieses Prozesses enthalten, der gegebenenfalls Entscheidungen zu Schulstandorten in der Zukunft nach sich ziehen könne.

Herr Scherer, SKE, äußerte, dass man der vorliegenden Tabelle mit den Erstwünschen entnehmen könne, dass es im Bereich Gymnasium einen deutlich größeren Bedarf gebe, als Plätze vorhanden sind. Mit welchem Mehrbedarf an Gymnasialplätzen wird gerechnet?

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, antwortete, dass im laufenden Besetzungsprozess der Plätze an Freien Schulen und Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt zu deutlichen Verschiebungen kommen werde. Wie in der Schulentwicklungsplanung ausgewiesen, sei davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Gymnasialplätzen in den nächsten Jahren über die derzeitige Kapazität hinaus wachsen werde. Die Notwendigkeit eines weiteren Gymnasiums wurde dort bereits begründet.

Herr Scherer, SKE, fragte, wie der Bedarf in diesem Jahr gedeckt werden solle.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, antwortete, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass alle Schüler, die dies wünschen, einen Gymnasialplatz erhalten können.

Herr Senger, SKE, fragte nach einer Zusage der Verwaltung aus dem Jahr 2013. Hier sei eine Überprüfung des Bedarfes nach Gesamtschulplätzen durch die Verwaltung zugesagt worden.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, antwortete, dass keine Elternbefragung an den Grundschulen durchgeführt wurde und dies auch nicht geplant sei, eine solche Zusage einer Elternbefragung habe nach ihrer Erinnerung die Verwaltung nicht gegeben.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass er eine solche Befragung für schwierig halte, wenn sich Eltern mit Kindern in der 2. oder 3. Klasse zu einem Bildungsgang äußern müssten, den sie nicht ohne weiteres differenziert einschätzen können. Er bezweifle den Aussagewert einer solchen Befragung als künftige Planungsgrundlage.

Herr Senger, SKE, entgegnete, dass bei einer Befragung die Eltern sehr wohl solche Wünsche äußern können. Wenn die Verwaltung diese Befragung nicht durchführe, werde er dies durch den Stadtelternrat initiieren.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf die an Eltern versandten Schreiben. Da es ein Problem mit Gymnasialplätzen gebe, hätte er sich gewünscht, wenn die Angebote zum gymnasialen Bildungsgang der KGS „Wilhelm von Humboldt“ als gleichwertiges Angebot unterbreitet worden wären.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass dies insofern schwierig sei, da auch diese Plätze, für alle im Gymnasialbereich noch nicht berücksichtigten Kinder, nicht reichen. Zudem sei die Gesamtschule ein anderer Bildungsgang. Das laufende Besetzungsverfahren an den Gymnasien sollte abgewartet werden.

Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung, verwies auf ein sehr stark taktisches Anwahlverhalten von Eltern, die insbesondere Schulen mit inhaltlichen Schwerpunkt und in Freier Trägerschaft nicht als Erstwunsch angeben, sich jedoch dort bewerben und dann bei Annahme eines solchen Schulplatzes einen Platz am kommunalen Gymnasium frei machen. Dieser Bedarf werde durch die vorliegenden Zahlen nicht abgebildet.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES Forum, bekräftigte diese Aussage. Es gebe Eltern, die derzeit 2-3 Zusagen von verschiedenen Schulen haben und nunmehr eine Auswahl treffen. Die Ergebnisse dieses Nachrückprozesses seien unbedingt abzuwarten, dann relativieren sich die vorliegenden Zahlen.

Frau Stahs, SKE, fragte, wie viele Schüler vor Beginn der Abiturphase vom Georg-Cantor-Gymnasium oder der Latina August Hermann Francke an ein „normales“ Gymnasium wechseln, um gegebenenfalls ein besseres Abiturergebnis zu erreichen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, Abteilung Schule und Service, antwortete, dass zuverlässige Zahlen dazu nicht vorliegen.

Herr Kuhn, SKE, ergänzte, dass er vom Georg-Cantor-Gymnasium wisse, dass es solche Fälle gebe. Die Zahl sei jahrgangsweise unterschiedlich. Ein Schulwechsel sei insbesondere dann interessant, wenn ein Studium in einem Numerus clausus Fach angestrebt werde.

Herr Senger, SKE, fügte hinzu, dass nach seiner Beobachtung auch der Trend eine „Ehrenrunde“ durch das freiwillige Wiederholen eines Schuljahres, mit dem Ziel, bessere Ergebnisse in die Abiturbewertung einzubringen, zugenommen habe.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen

Da es keinen weiteren Anmerkungen gab, schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den öffentlichen Teil.

Für die Richtigkeit:

Datum: 30.04.14

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin